

Anträge an die Delegiertenversammlung

A2: Unterstützung der Korrektur-Initiative Geschäftsleitung JUSO Schweiz

Bereits heute beliefert die Schweiz Länder mit Kriegsmaterial, die verantwortlich sind für zahlreiche zivile Todesopfer – Saudi-Arabien zum Beispiel, mitschuldig an über 6'000 toten Kindern im Bürgerkrieg im Jemen. Doch der Schweizer Rüstungsindustrie reicht das nicht: Sie will neu auch Bürgerkriegsländer legal mit Kriegsmaterial beliefern.

Diesem Anliegen gab der Bundesrat Anfang Sommer nach. Eigenmächtig wollte er Waffenlieferungen auch in Länder ermöglichen, die in «interne bewaffnete Konflikte» verwickelt sind. Im Oktober stoppte der Bundesrat aufgrund des enormen gesellschaftlichen Drucks sein Vorhaben. Doch schon 2014 wurde die Kriegsmaterialverordnung gelockert: Damals entschied das Parlament, Waffen auch in Länder zu exportieren, welche die Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzen.

Das Ziel der Korrektur-Initiative ist es, den Entscheid von 2014 rückgängig zu machen. Zudem soll ein für allemal klar sein, dass der Bundesrat nicht in Eigenkompetenz über ein so wichtiges Thema entscheiden darf. Es braucht eine Verfassungsbestimmung und ein ausführliches Gesetz. Erst dann ist die Mitsprache der Bevölkerung gesichert!

Ob die Korrektur-Initiative definitiv lanciert wird, ist noch unklar: Darüber entscheidet das Co-Präsidium der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen